

SICHERHEITSKONFERENZ

Unmut über Teltschik

Die schwarz-rote Bundesregierung ist verstimmt über Horst Teltschik, den Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz – und sucht jetzt einen Nachfolger. Die Tagung im nächsten Jahr werde definitiv Teltschiks letzte sein, hieß es in Berlin. Dass Teltschik dem iranischen Atom-Unterhändler Ali Laridschani ein Forum für propagandistische Attacken auf die USA bot, erregte Unmut bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Dem ehemaligen Berater Helmut Kohls wird zudem allzu selbstherrliches Auftreten („Die Konferenz ruht nur auf den Schultern eines Mannes,



Jung, Teltschik auf der Münchner Sicherheitskonferenz

das bin ich“) zur Last gelegt. Insbesondere im Ressort des CDU-Politikers Franz Josef Jung erzeugte Teltschik Verstimmung, weil er am vorvergangenen Wochenende zwar eine Rüstungsfirma als Sponsor seiner „privaten Konferenz“ lobte, für die massive Hilfe Berlins aber kein öffentliches Dankeswort fand: Seit 1999, als Teltschik die Leitung übernahm, musste der vom Verteidigungsministerium gewährte Zuschuss fast verdreifacht werden, von 115 000 Euro auf 323 000 Euro. Die Bundeswehr stellte obendrein 310 Soldaten bereit, unter anderem für „Organisation und Absicherung“, mit Kosten von nochmals rund 520 000 Euro. Schon Rot-Grün hatte vor einigen Jahren Teltschiks Ablösung erwogen. Die Minister Peter Struck (Verteidigung) und Joschka Fischer (Außen) verwarfen den Plan aber – aus Furcht vor Kritik aus der Union.

VERBRECHEN

Alibi beim Billard?

Im Fall des siebenfachen Mordes in einem China-Restaurant in Sittensen überprüft die Polizei jetzt das Alibi der beiden inhaftierten Verdächtigen. Sie haben angegeben, zur Tatzeit am vorvergangenen Sonntag in einer Bremer Spielhalle Billard gespielt zu haben. Zeugen bestätigten dem SPIEGEL, dass sich die Männer, die dort Stammkunden waren, an diesem Tag mehrere Stunden dort aufgehalten haben. Unklar ist, wann sie die Spielhalle wieder verlassen haben. Die Polizei prüft jetzt, ob die Bänder der dortigen Videoüberwachung weiterhelfen können. Die Tatverdächtigen sind auf der Bremer Disco-Meile bekannt: Einer von ihnen soll wegen Randalierens in der Spielhalle schon einmal ein Jahr Hausverbot gehabt haben. Auch mit Rauschgift sollen sie zu tun gehabt haben. Bekannte allerdings trauen zumindest einem der Männer, der als „Tom“ bekannt ist, die Bluttat nicht zu. Ein dritter Mann, der am Tat-tag mit den Verdächtigen telefoniert hat und bis vor einem halben Jahr in dem Restaurant in Sittensen gearbeitet hatte, gilt offenbar nicht mehr als Beschuldigter. Die Mordopfer waren mit Kabelbindern an den Daumen gefesselt, und eines der Opfer wurde offenbar erschlagen.

EINBÜRGERUNG

Im Zweifel kein Pass

Ausländer, die einen sogenannten Ehrenmord als gerechtfertigt verteidigen oder einen islamistischen Anschlag bejubeln, sollen keinen deutschen Pass bekommen können. Schon bei Zweifeln an einer rechtsstaatlichen Gesinnung, die der Einbürgerungsbehörde nach einem Gespräch bleiben, soll es keinen deutschen Pass mehr geben dürfen. Das geht aus der Begründung zu einem Gesetzentwurf hervor,



Einbürgerungszeremonie

den Bayern vorgelegt hat und als Bundesratsinitiative gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg einbringen will. Die Länder treiben damit eine Initiative der Innenminister-Konferenz vom November in Nürnberg voran, ein-

heitliche Standards für die Einbürgerung in Deutschland zu setzen. Der bayerische Entwurf regt zudem an, Ausländern vor einer Einbürgerung einen Fragebogen mit allen bekannten extremistischen Vereinigungen vorzulegen und sich von ihnen per Unterschrift erklären zu lassen, dass sie keine dieser Organisationen unterstützen. Wenn sich später herausstelle, dass falsche Angaben gemacht worden seien, könne die Einbürgerung widerrufen werden.

Nachgefragt

Rowdys zur Kasse

„Bundesverkehrsminister Tiefensee will Verkehrsrowdys wie Raser und Drängler durch Geldstrafen von bis zu 2000 Euro abschrecken. Was halten Sie davon, vorsätzliche Verkehrsverstöße so drastisch zu ahnden?“

Richtig

71%

26%

Strafen sind zu hoch

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 12. und 13. Februar; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

